



Susanne Götze
Land unter im Paradies
Reportagen aus dem Menschenzeitalter
ISBN 978-3-96238-053-3
208 Seiten, 13,0 x 20,5 cm, 16,- Euro
oekom verlag, München 2018
©oekom verlag 2018
www.oekom.de

KAPITEL 1

Afrika: Reisen auf dem vergessenen Kontinent

In vielen afrikanischen Ländern ist es nicht ungewöhnlich, wenn sich der Punkt auf dem Navigationsgerät durch eine weiße Fläche bewegt. Abseits der großen Hauptstraßen sind nur wenige Wege vermessen oder gar von einem Google-Auto befahren worden. Dörfer und Siedlungen sind nur mithilfe Ortskundiger zu finden – und selbst sie verirren sich nicht selten. Beton- und Sandstraßen sind oft eine endlose Kette von Schlaglöchern. Wie mein Fahrer in Uganda treffend formulierte: Autofahren ist dort wie Tetris spielen. Es geht darum, das Fahrzeug geschickt zwischen den Löchern hindurchzumanövrieren, ohne alle paar Kilometer die Reifen auswechseln zu müssen. Und nach über 1.000 Kilometern gemeinsamer Fahrt kann ich

sagen: Er war ein grandioser Tetris-Spieler! Im westafrikanischen Benin hatte ich weniger Glück: Auf einer Strecke von 600 Kilometern von der Küste gen Norden musste unser Team dreimal die Reifen tauschen und in abgelegenen Dörfern die zerborstenen Stellen mit Maismehl stopfen.

Jene Dörfer, die ich in Benin, Uganda und Marokko besuchte, lagen fernab der Zivilisation. Erreichen konnte ich sie nur durch mehrstündige, manchmal tagelange Anreisen, und immer blieb ich die einzige Weiße. Selten verschlägt es Abenteurer an solche Orte, noch seltener Touristen. Strom oder fließendes Wasser gibt es nicht. Die Dorfbewohner leben in kleinen aufgeräumten Hütten, magere Ziegen und Hühner sind ihr einziger Besitz.

Ist die sengende Sonne hinter den Baumwipfeln verschwunden, geht das Leben in afrikanischen Siedlungen erst so richtig los: Links und rechts der Wege laufen Hunderte Dorfbewohner. Sie tragen schwere Krüge oder schieben verrostete Fahrräder mit in Lappen gewickelten Paketen. Während ich meine Hand nicht mehr vor Augen sehe, legen sie barfuß kilometerweite Wege zurück – ohne Taschenlampen, Handys oder Kerzen. In den Hütten brennen vereinzelt Öllämpchen und alle paar Kilometer auch mal eine Glühbirne, die durch eine Solarzelle betrieben wird.

Diese Menschen wissen nichts vom Klimawandel. Sie haben noch nie ein Flugzeug bestiegen, die meisten nicht einmal ein Auto. Sie kochen mit Holz,

und ihre Kinder gehen selten zur Schule. Aber sie waren die Ersten, die bemerkt haben, dass etwas nicht stimmt. »Der Regen kommt nicht mehr« oder »der Regen kommt nicht mehr regelmäßig« oder »ein starker Regen hat wieder unsere Ernte zerstört« – solche Sätze hört man in allen Dörfern. Für westliche Städter wie mich dient die Beobachtung des Wetters dazu zu entscheiden, ob man einen Pulli oder eine Jacke tragen soll und ob man lieber einen Regenschirm mitnimmt. Für diese Menschen ist die Vorhersehbarkeit des Wetters eine Frage von Leben und Tod, von Sattsein oder Hunger, von Gesundheit oder Krankheit. Dass sich das Wetter verändert, weil die Menschen im Norden seit 200 Jahren Treibhausgase in die Atmosphäre pusten, liegt für diese Dorfbewohner jenseits ihrer Vorstellungskraft. Wenn sie von Europa oder Deutschland wissen, dann haben sie nur eine vage Vorstellung davon, wie wir zu dem Wohlstand gelangt sind, den wir heute genießen – dem Wohlstand von Licht im Dunklen, einem Elektroherd oder einem eigenen Auto. Gleichzeitig wissen wir in Deutschland genauso wenig vom Alltag einer ugandischen Dorffamilie. Weder weiß ich, wie man anständig Feuer macht, noch, wie man ein Huhn schlachtet oder Mais anbaut. Überhaupt weiß ich reichlich wenig von diesen Menschen, ihren Sprachen, ihren Kulturen. Von den Interviews, die ich dort geführt habe, habe ich viel gelernt: herkömmliche Fragetechniken zu überdenken und zu lernen zuzuhören, auch wenn der Interviewte schein-

bar vom Thema abkommt. Die meisten Menschen, die ich befragen konnte, hatten noch nie einen Journalisten gesehen und wussten auch nicht, was für einer Art Arbeit er nachgeht.

Am Viktoriasee in Uganda habe ich das größte Interview meines Berufslebens geführt. Dort versammelte sich die Dorfgemeinschaft unter einem großen, knorrigem Baum. Auf Plastikstühlen und Baumstümpfen bildeten die rund 50 Abgeordneten des Dorfes einen Kreis. Auf meine Fragen hin traten sie jeweils einer nach dem anderen in den Kreis und antworteten. Das Interview dauerte über zwei Stunden, und es war eines der spannendsten Gespräche, die ich je geführt habe. Später fragten mich die Menschen, was mit ihren Antworten passieren würde und ob ich Hilfe holen könne. Ich versuchte ihnen zu erklären, dass meine Texte in Deutschland gelesen würden. Dass Hilfe käme, konnte ich ihnen nicht versprechen. Tatsächlich bewirkte jedoch ein Beitrag auf *Spiegel Online* später, dass das fragwürdige Klimaschutzprojekt, unter dem die Menschen litten, überprüft wurde. Ein Mitarbeiter musste aufgrund meiner Recherchen seinen Posten räumen, da die Gold-Standard-Stiftung um ihren Ruf fürchtete. Und nicht nur das: Ein Bauer bekam, drei Jahre nachdem sein Haus von Sicherheitsleuten des Klimaschutzprojektes abgebrannt worden war, endlich seine Entschädigung. Doch auch das ist letztendlich nur Kosmetik. Denn das eigentliche Geschäft mit dem Klimaschutz, unter denen die Kleinbauern dort

leiden, geht weiter, weil der gesamte Markt von privaten Gutachtern, Firmen oder auch NGOs kontrolliert wird. Trotz der Beteuerungen und angeblich meterdicken Berichten über die »Sozial- und Umweltverträglichkeit« sogenannter CO₂-Projekte zeigt ein einfacher Besuch vor Ort ein ganz anderes Bild. Ernst genommen haben mich diese NGOs und Unternehmen nur, weil ich in persona angereist bin und Interviews geführt habe, was eigentlich die Aufgabe der Gutachter wäre. Doch es bleibt bei der einfachen Wahrheit: Menschen, die nichts haben, haben auch keine Stimme. Niemand hört auf sie, niemand interessiert sich für irgendwelche Bauern, die nicht einmal eine Mailadresse haben. In einem Gespräch mit der Firma Green Resource, die mich nach einigem Hin und Her dann doch in ihrem Büro empfing, raunte mir einer der Mitarbeiter nach einer Stunde Diskussion mit einem Augenzwinkern zu: »Diese Menschen wollen doch gar nicht arbeiten, sie sind faul und lungern nur rum. Sie wollen sich doch nicht ernsthaft für diese Leute starkmachen?« Dieser ältere Herr war selbst Ugander und in diesem Land aufgewachsen. Aber er stammt aus einer guten Familie, konnte studieren und bekam einen Posten bei dem norwegischen Unternehmen. Für ihn sind seine Landsleute, die am Viktoriasee in slumähnlichen Blechhütten wohnen, nichts als Abschaum.



Uganda

Der Baum, mein Feind

Als Chairman Jam Atube William vor 20 Jahren aus seinem Dorf vertrieben wurde, glaubte er noch an die Versprechen seiner Regierung. Der hagere Gemeindevorsteher von

Bukaleba lebt seither am Ufer des Viktoriasees im Südosten Ugandas. Über 500 Menschen wohnen hier in Holzbaracken und kleinen Lehmhütten. Die Regierung versprach, dass sie bleiben könnten. Doch das Versprechen hielt sie nicht. Dort, wo sie einst ihr Gemüse pflanzten und ihre Tiere grasen ließen, steht heute ein Kiefernwald. Die nackten Stämme der nordischen Baumart stehen in Reih und Glied, an den Rändern der Plantage haben die Besitzer bereits neue Setzlinge eingegraben – und das bis vor die Türen und Fenster der Dorfbewohner. Die Bäume haben das Dorf an die Ufer des Sees gedrängt. Bukaleba sitzt in der Falle. Und mit ihm noch drei weitere Dörfer – insgesamt sind fast 1.500 Menschen zwischen den Kiefern und dem See »eingeklemmt«.

Die Kiefernwipfel erstrecken sich, so weit das Auge reicht, zwischen den Stämmen schlängeln sich die roten Sandwege





Chairman William in einer Kiefernplantage, wo seine Leute einst ihre Häuser bauten und ihr Vieh weiden ließen.

für die Jeeps der »Förster«. Wäre das Rot des Bodens nicht, man könnte sich in Bukaleba wie in Brandenburg fühlen – nur bei 40 Grad im Schatten. Eine fast surreale Stille herrscht in dem künstlichen Kiefernwald, ganz so, als wäre kein Leben in ihm.

Wo ein Baum steht, kann kein Haus gebaut, keine Maisfelder oder Viehweiden angelegt werden. Irgendwann werden die Kiefern die Ufer des Sees säumen. Wenn das Holz geerntet ist, soll wieder aufgeforstet werden. Wo die Menschen von Bukaleba dann wohnen sollen, weiß niemand. Dieser Kiefern-

wald ist ein zertifiziertes Klimaschutzprojekt des norwegischen Holzmultis Green Resource.

»Die Menschen hier brauchen das Land zum Überleben, es sind arme Leute: Fischer, Kleinbauern, die Hühner haben oder eine Kuh und etwas Gemüse anbauen«, sagt Dorfvorsteher William. »Wir warten immer noch auf das Land, das uns die Regierung nach der Vertreibung versprach – vergebens.« Früher durften sie noch Teile der Plantage nutzen, nun ist auch das verboten.

Schon bevor Green Resources in Bukaleba auftauchte, erklärte die Regierung Ende der 1980er große Teile der Gegend am Viktoriasee zum Waldschutzgebiet und begann die Bauern und die Familie von William aus den Wäldern und Buschlandschaften zu vertreiben. Seit Green Resources das Land für seine Holzplantage gepachtet hat, rücken die Kiefern immer näher an die provisorischen Hütten der Kleinbauern und Fischer heran. Die wehren sich, indem sie die Setzlinge ausreißen. Das Forstministerium ahndet das mit hohen Strafen. Es scheint ein aussichtsloser Kampf für die Fischer und Bauern.

Das Holzunternehmen sitzt als ausländischer Investor am längeren Hebel. Die Plantage ist ein rentables Geschäft: Green Resource macht Kasse mit dem Verkauf von CO₂-Zertifikaten an Verursacher klimaschädlicher Gase, deren Wirkung durch Baumpflanzungen ausgeglichen werden soll. Aus den Bäumen wiederum werden Holzbohlen, die sich zu Geld machen lassen – so profitiert das Unternehmen doppelt. Möglich ist das durch die weltweit wachsenden *Carbon Markets*, auf denen Gutschriften für den CO₂-Ausstoß angeboten werden. Gekauft werden sie von Staaten, aber auch von privaten Unter-

nehmen, die so ihre Klimaziele umsetzen können. Die Menschen aus dem Dorf Bukaleba aber haben vom neuen »Wald« nichts. Sie leben in Angst und Armut.

»Grünes Landgrabbing«, die Privatisierung von Land für den Klimaschutz, hat in armen Ländern wie Uganda System. Green Resources ist kein Einzelfall. Kommerzielle Holzplantagen sind in den letzten Jahrzehnten wie Pilze aus dem Boden geschossen. Europäische Investoren witterten ein lukratives Geschäft. Auch deutsche Unternehmen machen mit – und alle beteuern, nur Gutes im Sinn zu haben.

Nicht anders als dem Chairman von Bukaleba geht es den Viehhirten in der Kikonda-Gemeinde rund 300 Kilometer nordwestlich des Viktoriasees. Auch sie werden von einer Holzfirma bedrängt. Doch dort fängt die Vertreibung gerade erst an. Auch die Plantage von Manfred Vohrer – dem ehemaligen entwicklungspolitischen Sprecher der FDP-Fraktion im Bundestag – wächst. Der Lebensraum der Landwirte schrumpft. Wertvolles Buschland wird abgeholzt, um Platz zu schaffen für weitere Hunderte Hektar der Kiefernmonokultur.

In Kikonda haben die Viehhirten nach eigenen Aussagen sogar Landrechte erworben, lange bevor Vohrer mit seinem Unternehmen Global Woods nach Uganda kam. Trotzdem werden sie nun systematisch enteignet und vertrieben. »Unsere Tiere dürfen nicht im Wald grasen, und wenn sie aus Versehen hineinlaufen, dann werden sie vom Sicherheitspersonal in alle Richtungen verscheucht«, erzählt Geoffrey, ein schmaler Kuhhirte, am Rande der Plantage. Er hat mehrere Hektar Land an das Unternehmen verloren und fürchtet nun um die Versorgung seiner Familie.

Seinem Nachbarn Lawrence erging es noch schlechter: Als die Forstfahrzeuge immer näher rückten, entschied er sich, einfach zu bleiben. Daraufhin brannte man ihm sein Haus nieder. Ein Schock, der drei Jahre später noch tief sitzt. Seine Frau erzählt mit Tränen in den Augen, wie ein Mitarbeiter von Global Woods ihre Kinder verprügelte. An eine Entschädigung glaubt das Ehepaar nicht mehr. Angeblich wurde der Familie nach Veröffentlichung des Artikels auf *Spiegel Online* eine Entschädigung gezahlt.

Vohrers Firma bedauert den Vorfall, sieht sich aber grundsätzlich im Recht. Die Regierung habe ihr das Land zugewiesen, also werde man dort weiterpflanzen. Der Unternehmer und die Manager bei Green Resources sehen sich als Wohl-

Kühe vor der Plantage von Kikonda: Die Bauern werden von der Security vertrieben.



täter für das Klima, die Armen und die Entwicklung Ugandas. Tatsächlich haben sie vor über zehn Jahren die Zeichen der Zeit erkannt. Seit der Emissionshandel 2005 begann, kann man CO₂-Rechte weltweit kaufen und verkaufen. Mit Klimaschutz lässt sich seitdem gutes Geld verdienen. Jeder Bürger, der fliegt, tankt oder heizt, kann heute mit ein paar Klicks im Netz seinen ökologischen Fußabdruck verwischen. Unternehmen können ihre Emissionen freiwillig kompensieren oder als CO₂-neutral gelabelte Produkte verkaufen. Das ist an sich keine schlechte Idee. Auch Bäume zu pflanzen ist grundsätzlich sinnvoll, denn so wird Bodenerosion vorgebeugt, ein feuchteres Mikroklima geschaffen, das Verwüstung verhindert, und CO₂ gebunden, das sonst in die Atmosphäre entweichen würde.

Problematisch wird es aber, wenn die sogenannten Carbon-Produkte nicht das halten, was sie versprechen. So werden die kommerziellen Holzplantagen der Unternehmen Green Resources und Global Woods in Europa als »Waldprojekte« verkauft. Fotos mit lächelnden schwarzen Waldarbeitern preisen den sozialen Nutzen, und Werbetexte feiern die Entwicklung der Biodiversität im neuen »Wald«.

Doch oft sind nicht nur die sozialen Folgen der Holzplantagen problematisch, sondern auch die ökologische Wirkung. »Erheblich bis total« unterscheidet sich die Biodiversität auf einer Plantage von einem richtigen Wald, sagt der Forstexperte Pierre Ibisch von der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde. Viele angepflanzte Baumarten wie Kiefern oder Eukalyptus führten zu nachhaltigen Bodenveränderungen. »Dadurch kann das Wachstum anderer Pflanzenarten

und Mikroorganismen unterdrückt werden, häufig ist eine Versauerung von Böden zu beobachten.«

So erklärt sich auch die merkwürdige Stille in den Plantagen Ugandas. Zwischen den Baumreihen kann man weit in den Wald hineinblicken. Ein Dickicht, wo sich größere Tiere verstecken könnten, gibt es kaum. Lokale Umweltschützer beklagen den Einsatz von Herbiziden wie Glyphosat, die ein makelloses Wachstum der jungen Bäume garantieren sollen. In Nakalanga wie in Kikonda haben die Anwohner Angst, ihr Grundwasser könnte belastet sein, manche berichten von Fehlgeburten ihrer Kühe und blinden Hasen, die im Wald lebten.

Doch alle Projekte sind mit den üblichen Standards gelabelt. Global Woods trägt das renommierte Gold-Standard-Siegel, das von einer 2003 von der Umweltorganisation WWF gegründeten Stiftung vergeben wird. Die Projekte werden von externen Prüfern begutachtet, etwa vom TÜV Süd. Auf die Probleme der Plantagen angesprochen, erklärt etwa die Gold-Standard-Stiftung, man habe vor Kurzem erfahren, dass es beim Projekt Manfred Vohrers in Kikonda einige »Zwischenfälle« gegeben habe, und werde das prüfen. Die Projekte hätten einen sozialen Anspruch, ein Teil der Profite müsse der lokalen Bevölkerung zugutekommen. Kaum ein Dorfbewohner sei jedoch auf der Plantage angestellt, heißt es bei der Gemeinde. Stattdessen kommen die Arbeiter aus weit entfernten Regionen des Landes. Für die Bewohner habe es ein paar Gemüsesamen und Schulungen zum richtigen Anpflanzen von Bäumen gegeben, berichten sie.

Einige Monate nach der Veröffentlichung von Beiträgen in mehreren Tageszeitungen prüfte Gold Standard das Pro-

jekt von Manfred Vohrer und entließ sogar einen Mitarbeiter. Allerdings kann nicht jedes »Waldprojekt« Afrikas von einem Journalisten besucht werden, der die Zustände unter die Lupe nimmt. Tatsächlich bekommt man den Eindruck, dass bei vielen Projekten darauf spekuliert wird, dass einfach niemand genauer hinsieht. Wer nimmt schon eine Tagesreise auf sich, um von Kampala bis nach Kikonda zu fahren, um dort nach dem Rechten zu schauen?

Die Projekte in Uganda unterscheiden sich kaum vom neuen Waldschutzprogramm REDD+, das mit dem 2015 in Paris ausgehandelten UN-Weltklimavertrag in Kraft trat. Das englische Akronym REDD steht für »Verringerung von Emissionen aus Entwaldung und Degradierung von Wäldern«. Mit dem Programm werden sogenannte Waldprojekte in Entwicklungsländern und damit soziale Konflikte wie in Uganda schlagartig zunehmen, befürchten Kritiker. Die UN wollen die globale Entwaldung stoppen, die das angestrebte Zwei-Grad-Ziel gefährdet – jedes Jahr werden rund 13 Millionen Hektar Wald vernichtet. Umweltschützer und Vertreter indigener Gemeinden warnen jedoch, dafür gerade auf die Privatisierung von Wald zu setzen.

Für die Aktivistin Jutta Kill sind soziale Konflikte wie in Nakalanga und Kikonda Alltag. Sie hat Waldprojekte auf der ganzen Welt besucht. Ihr Fazit: »Bei den meisten Projekten werden nicht die Verursacher großflächiger Waldzerstörung an den Pranger gestellt, sondern immer die Nutzung des Waldes durch die lokale Bevölkerung.« So verfestigte sich die Wahrnehmung, dass die Kleinbauern an der Entwaldung schuld seien.

Die Menschen in den Dörfern Ugandas verstehen tatsächlich nichts von Klimaschutz. Sie haben weder Autos, noch sind sie je mit einem Flugzeug geflogen. Sie verlieren ihr Land, weil Unternehmen in Europa CO₂ in die Luft blasen. Für sie ist der Kiefernwald vor ihrer Haustür nichts als das Werk »eines reichen weißen Mannes«, der noch mehr Geld machen möchte. Daran wird sich nichts ändern, solange Kunden in Europa nur zu gern dem Lächeln von Waldarbeitern in bunten Prospekten glauben.

UGANDA IN DATEN

CO₂-Ausstoß pro Kopf:
0,11 Tonnen (2010)

Weltklimaabkommen:
Ratifiziert am 21. September 2016

Klimaziels 2030:
Reduktion der Treibhausgas-
emissionen um 22 Prozent gegenüber
Business-as-usual-Szenarien bis 2030

**Anteil von erneuerbaren Energien
im Energiemix:**
90 Prozent – der größte Teil davon
Biomasse (u. a. Feuerholz) sowie
Wasserkraft (2012)

**Abhängigkeit von fossiler Energie-
erzeugung:**
19 Prozent der Stromerzeugung
im Jahr 2012 stammte aus fossilen
Quellen. Hinzu kommt v. a. Benzin
für Kraftstoffe (2012).

Bevölkerungswachstum:
Anstieg von 40,3 Millionen
im Jahr 2016 auf 105,7 Millionen
im Jahr 2050

Elektrifizierungsrate:
Im Jahr 2012 hatten nur 18 Prozent
der Bevölkerung einen Zugang
zu Strom.

Pkw pro Einwohner (2015):
Rund 4 Autos pro 1.000 Einwohner